

„Jude“ ist auf Schulhöfen ein Schimpfwort

Sicherheit Beauftragter spricht von zunehmend antisemitischem Klima

Von Oliver von Riegen

■ **Rheinland-Pfalz.** Das Klima in Rheinland-Pfalz ist spürbar jüdenfeindlicher geworden: Diese Ansicht vertritt der Antisemitismusbeauftragte des Landes, Dieter Burgard. „Es ist eine Verrohung der Sitten eingetreten in der Sprache und in Angriffen im Internet.“ Auch die Zahl der gemeldeten antisemitischen Straftaten in Rheinland-Pfalz ist leicht gestiegen. Von Januar bis Juni zählte die Polizei 15 Straftaten. Das geht aus der Antwort des Innenministeriums auf eine Anfrage von AfD-Fraktionschef Uwe Junge hervor. Im ersten Halbjahr 2017 waren es nach Angaben des Landeskriminalamts (LKA) 13 Straftaten, im ersten Halbjahr 2016 waren es 18. Die aktuellen Zahlen sind nach Ansicht des LKA noch zu gering, als dass von einem Trend gesprochen werden kann.

Die meisten Delikte, die sich im ersten Halbjahr gegen Juden richteten, waren Volksverhetzungen: Davon zählte die Polizei zehn. Außerdem kam es nach Angaben des Innenministeriums zu je zwei Körperverletzungen und Sachbeschädigungen, einmal wurden ein verfassungswidriges Kennzeichen oder Propagandamittel registriert. Darunter versteht man beispielsweise Hakenkreuze. Auch im ersten Halbjahr 2017 zählten die Ermittler zehn Fälle von Volksverhetzung, aber keine Gewaltdelikte oder Sachbeschädigung.

Deutschlandweit nahm die Zahl gemeldeter antisemitischer Straftaten im ersten Halbjahr ebenfalls zu. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stieg sie von 362 auf 401. Der Anstieg ist maßgeblich durch eine Zunahme in der mit Abstand größten Untergruppe verursacht, der rechts motivierten Täter.

Nach Ansicht des Antisemitismusbeauftragten Burgard ist das Klima insgesamt jüdenfeindlicher geworden. Ein Indikator sind für ihn Äußerungen in sozialen Me-



Erstarkt die Judenfeindlichkeit in Rheinland-Pfalz? Der Antisemitismusbeauftragte sieht Anzeichen dafür.

Foto: dpa

dien. Zudem verwendeten Schüler das Wort Jude auf Schulhöfen als Schimpfwort. Über die 15 Straftaten sagte Burgard: „Das sind 15 zu viel. Die Polizei schaut auch genauer hin.“ Er will in der Zunahme aber noch keinen Trend sehen.

Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinden in Rheinland-Pfalz, Avadislav Avadiev, hatte im Mai bei Burgards Amtsantritt gesagt, dass der Antisemitismus nicht auf dem gleichen Niveau wie vor 20 oder 30 Jahren geblieben sei, sondern deutlich zugenommen habe. Innenminister Roger Lewentz (SPD) hatte den jüdischen Gemeinden in Rheinland-Pfalz einen größtmöglichen Schutz vor Antisemitismus zugesagt.

Der Landtag sprach sich im Juni einhellig für einen entschlossenen Kampf gegen Antisemitismus aus. Das Engagement der Bürger dagegen soll weiter gefördert werden, für die Arbeit sollen verstärkt Moscheegemeinden und muslimische Träger gewonnen werden.

Rheinland-Pfalz investiert mehr in Maßnahmen gegen Extremismus

Damit junge Menschen sich nicht radikalisiert, will Rheinland-Pfalz in diesem Jahr tiefer in die Tasche greifen. Das Jugendministerium veranschlagt rund 568 000 Euro für Maßnahmen und Projekte gegen Extremismus. In der Summe sind sowohl Mittel für hauseigene als auch Zuschüsse für externe Projekte enthalten. Im vergangenen Jahr wurden rund 346 400 Euro gezahlt. Das geht aus einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der AfD hervor.

Die Gefahr einer Radikalisierung ist bereits in den Vorjahren gestiegen, erklärte das Ministerium. Das zeige sich an der Zahl der Ausreisen in dschihadistische Kriegsgebiete, aber auch anhand der Anschläge in Deutschland und Europa seit 2015. Im Bereich des Rechtsextremismus seien etwa die Anschläge auf Einrichtungen für Asylbewerber 2015 und 2016 massiv gestiegen. Au-

ßerdem gebe es häufiger diskriminierende Äußerungen und Taten, zum Beispiel gegen Muslime.

Unter den bezuschussten Projekten gegen Extremismus findet sich das Netzwerk für Demokratie und Courage Rheinland-Pfalz, das beim DGB in Mainz angesiedelt ist. Das Netzwerk veranstaltet Projektstage gegen Rechtsextremismus an Schulen. Ziele sind etwa, bewusst zu machen, was diskriminierend ist, und Empathie mit Betroffenen zu fördern, sagt der Politologe und ehemalige Projektverantwortliche des Netzwerks, Kai Partenheimer. Die Präventionsarbeit ist aus seiner Sicht ein wichtiger Baustein, um gegen rechtsextreme Meinungen vorzugehen. Der Politologe sieht die Entwicklung in Deutschland mit Sorge: Die rechtsextreme Szene wird selbstbewusster – befördert durch das politische Klima.

Seiner Ansicht nach sei der neonazistische Extremismus derzeit in Deutschland bedrohlicher als der islamistische.

Ein weiteres bezuschusstes Projekt ist die Beratungsstelle Salam gegen islamistische Radikalisierung in Mainz. Ihr Ziel: beraten und unterstützen, wenn ein junger Mensch dabei ist, sich zu radikalieren. Vor allem Fachkräfte wie Lehrer und Familien melden sich, sagt Salam-Leiterin Petra Fliedner. Die Fälle, mit denen sich Salam beschäftigt, reichen von normalen Jugendproblemen bis hin zu echter Radikalisierung. Die Beratungsstelle befreit ihre Arbeit als Intervention. Manchmal gebe es dabei nicht nur Kontakt zu Angehörigen und Fachkräften, sondern in rund 15 Prozent der Fälle auch zu den Betroffenen selbst. Dann seien offene Worte wichtig, sagt Fliedner.

Kompakt

Tödlicher Unfall auf Mülldeponie

■ **Heßheim.** Auf einer Mülldeponie tritt eine unbekannte Flüssigkeit aus – kurz danach brechen zwei Menschen (30 und 43) zusammen, der 43-Jährige stirbt. So geschehen in Heßheim. Die Feuerwehr Rheinland-Pfalz-Kreis spricht von einem unbekannten Gefahrstoff, der freigesetzt wurde. „Die ausgetretene Flüssigkeit ist in der Halle in einem Auffangbecken zurzeit gesichert.“ Rettungskräfte hatten den Bereich nach dem Vorfall evakuiert und mehrere Menschen in Sicherheit gebracht. Die Bewohner Heßheims wurden aufgerufen, wegen einer starken Geruchsentwicklung („wie faule Eier“) zeitweise Türen und Fenster geschlossen zu halten.

Flaschenhieb und Bisse in der Kreisliga

■ **Koblenz.** Von Fair Play keine Spur: Ein Kreisliga-Fußballspiel zwischen Güls und Lahnstein wird ein strafrechtliches Nachspiel haben. Nach einem angeblich groben Foul kam es in der Partie am vergangenen Sonntag zu einer Rudelebildung. Dabei wurde einem der beteiligten Spieler eine Glasflasche auf den Kopf geschlagen, teilte die Polizei mit. Doch damit nicht genug. Als der Spieler, der eine Platzwunde davontrug, seinem Kontrahenten die Flasche entreißen wollte, soll er von diesem bei der Rangelei kräftig in die Brust gebissen worden sein. Der Schiedsrichter brach das Spiel ab, die Polizei ermittelt.

Halbe Million Euro für Hochwasseropfer

■ **Kreis Birkenfeld.** Es ist so etwas wie die gute Nachricht nach der Hochwasserkatastrophe, die Ende Mai das Fischbachtal und weitere Teile des Kreises Birkenfeld getroffen hatte: Mittlerweile ist fast eine halbe Million Euro auf den Spendenkonten für die Flutopfer eingegangen. Von 174 Anträgen auf Hilfe wurden von einer Spendenkommission 161 genehmigt. Die Gesamtsumme der gemeldeten Schäden liegt bei rund 4,2 Millionen Euro. Etwa 900 000 Euro davon haben Versicherungen übernommen. ni

Handyverbot an Schulen?

Bildung AfD fordert neue Regelung für Grundschulen

■ **Rheinland-Pfalz.** Die AfD will Handys an rheinland-pfälzischen Grundschulen verbieten lassen. Einen entsprechenden Antrag, der am Freitag im Landtag diskutiert werden soll, stellte der bildungspolitische Sprecher der Fraktion, Joachim Paul, vor. Der ehemalige Lehrer sprach von einem „pädagogisch-didaktischen Zeichen“: „Außerdem stärken wir die soziale Kompetenz. Die Schüler sollen auf dem Schulhof miteinander reden.“

Paul verwies auf die positiven Erfahrungen in Frankreich, wo Mobiltelefone in Vor- und Grundschulen sowie der Sekundarstufe I auf dem gesamten Schulgelände untersagt sind. Eine Studie der London School of Economics, er-

klärte Paul, habe ergeben, dass die Ablenkung durch Handys aufs Jahr gerechnet einem Verlust von vier oder fünf Schultagen gleichkommt.

In Rheinland-Pfalz sind Handyverbote im Prinzip bereits jetzt möglich. Die einzelnen Schulen müssen sie aber in ihrer Hausordnung verankern. „Das führt oft zu langwierigen Konflikten mit Schülern und Eltern“, erklärte Paul, der den Lehrern mit einer Änderung des Schulgesetzes in diesen Fragen den Rücken stärken möchte. Auch Bayern verbietet ab dem kommenden Schuljahr Handys in Grundschulen. Je nach Erfahrung kann sich die AfD auch eine Ausweitung auf die Klassenstufen fünf bis sieben vorstellen. zca

Neue Ferien ärgern Karnevalisten

Debatte Warum das Brauchtum unter den schulfreien Tagen leiden könnte

■ **Rheinland-Pfalz.** Gehen Tausende Jecken in der kommenden Session lieber auf die (Ski-)Piste als zum Karneval? Diese Sorge treibt die Karnevalisten um, da die 2019 erstmals eingeführten Winterferien vom 25. Februar bis zum 1. März ausgerechnet auf die Tollen Tage fallen. Damit droht den Vereinen der nächste Ärger, nachdem der Streit um die Umsatzsteuer-Nachforderungen gerade erst überwunden ist.

Denn die Planer in Mainz haben die Winterferien ausgerechnet in die heiße Phase des Karnevals gelegt – der Rosenmontag 2019 wird am 4. März gefeiert, viele Schulen hängen deshalb zwei Brückentage dran. Das heißt in der Konsequenz: Auch die Karnevalsfeiern in den Schulen fallen nächstes Jahr komplett aus – sehr zum Unbehagen närrischer Verbände. Die Befürchtung ist, dass den Schülern perspektivisch das Gefühl für die Brauchtumspflege noch weiter verloren geht. Außerdem könnten die Kinder und Jugendlichen fehlen, die beispielsweise sonst bei den Umzügen mitgelaufen sind.

„Wir sind nicht gehört worden“, kritisiert Hans Mayer. Der Präsident der Rheinischen Karnevals-Korporationen (RKK), bundesweit aktiver Dachverband mit Sitz in Koblenz, ergänzt aber, dass inzwischen ein Gespräch im Bildungsministerium stattgefunden hat. Er geht davon aus, dass in Mainz nicht bewusst auf eine Beteiligung verzichtet wurde, zumal aus Verbandssicht die Kontakte gut sind. Mayer ist daher optimistisch, dass es für die Jahre ab 2020 Möglichkeiten gibt nachzubessern. Aber: „Für 2019 ist das Ganze gelaufen.“

Was aber, wenn es keine Chance auf Verbesserungen gibt? Für die-



Jung und Alt beim Karneval (wie hier in Koblenz) – ein Bild, das 2019 nicht zu sehen ist? Die Karnevalisten ärgern sich über neue Ferien. Archivfoto: Kallenbach

sen Fall sehen die RKK schwarz. Aus Verbandssicht werden nicht unbedingt die großen Karnevalshochburgen leiden, sondern die kleineren Gemeinden, in denen nur von Schwerdonnerstag bis Rosenmontag gefeiert wird. Das könnte im schlimmsten Fall bedeuten, dass an den „Festtagen“ ein Teil der karnevalsbegeisterten Kinder fehlt, weil weniger karnevalsaffine Eltern mit ihren Sprösslingen wegfahren. Die Winterferien, so die RKK weiter, könnten ein weiterer Tiefschlag für den ländlichen Raum sein, in dem

die Vereine ohnehin einen schweren Stand haben. Und das nicht nur wegen der Nachwuchssorgen oder Nachforderungen des Finanzamts, sondern vor allem wegen der verschärften Sicherheitsauflagen.

Mayer geht davon aus, dass die Bedeutung des Karnevals für den gesellschaftlichen Zusammenhalt immer noch unterschätzt wird. Gleiches dürfte für die wirtschaftliche Bedeutung der fünften Jahreszeit gelten – und das, obwohl die Narren für Umsätze sorgen, die im Milliarden-Euro-Bereich liegen.

2021 feiern die Pfingstferien im Land Premiere

Zum aktuellen Schuljahr ist die Schulfrienenordnung geändert worden. Es gibt neuerdings in Rheinland-Pfalz die Möglichkeit zusätzlicher Winter- oder Pfingstferien. Diese sollen aber nur in den Jahren stattfinden, in denen die

Schulzeit zwischen Weihnachts- und Osterferien beziehungsweise zwischen Oster- und Sommerferien besonders lang ist. Der Zeitraum, der mindestens zwischen zwei Ferien liegen muss, beträgt sechs Wochen. Winterferien wird es

erstmalig im Februar 2019 geben, Pfingstferien erst im Mai 2021. Herbst-, Weihnachts- und Osterferien sollen dann jeweils nur eine Woche lang sein und die damit frei werdenden Tage zu zusätzlichen Ferien werden.

Attacke auf Beamte im Mia-Prozess

Kriminalität Zwei Personen an Hand verletzt

■ **Landau.** Hinter verschlossenen Türen ist es beim Mordprozess zum Tod der 15-jährigen Mia aus Kandel zu einem Zwischenfall mit Verletzten gekommen. Die Justiz ermittelt deshalb nun gegen den Angeklagten, einen Flüchtling aus Afghanistan, wegen des Verdachts auf Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Körperverletzung. Ihm droht ein weiteres Strafverfahren. „Nach derzeitigen Erkenntnissen wurden bei dem Ereignis am 17. August zwei Beamte an der Hand verletzt“, teilte die Staatsanwaltschaft in Landau am Dienstag mit.

Unterdessen geht der Prozess wohl doch nicht im August zu Ende, wie das Landgericht in Landau mitteilte. „Die Kammer bestimmte vorsorglich weitere Sitzungstage, nämlich den 3. und den 10. September“, sagte ein Sprecher. Ob an einem dieser Tage ein Urteil fällt, steht nicht fest. Der Prozess wird nach Jugendstrafrecht unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt, da der Beschuldigte zur Tatzeit wohl noch minderjährig war.

Der mutmaßlich aus Afghanistan stammende Flüchtling war der Ex-Freund von Mia. Er soll das Mädchen am 27. Dezember 2017 in einem Drogeriemarkt im 9000-Einwohner-Ort Kandel erstickt haben. Die „Bild“-Zeitung hatte berichtet, dass er am vergangenen Freitag in ein Gerangel mit Vollstreckungsbeamten verwickelt gewesen sein soll. Weder Behörden noch Prozessbeteiligte wollten das zuvor kommentieren.

„Das ist barer Unsinn“

Streit Hartmann (SPD) will von Rückkehr nichts wissen

■ **Mainz.** Der ehemalige Bundestagsabgeordnete Michael Hartmann (SPD) dementierte gegenüber unserer Zeitung jegliche Pläne über eine Rückkehr in die Politik. „Das ist barer Unsinn, den sich da ein Mitglied der Landtagsfraktion ausgedacht hat“, sagte er. „Darüber bin ich schon erstaunt.“

Hartmanns Name tauchte im Zusammenhang mit der scharfen Kritik der SPD Mainz-Bingen an Wissenschaftsstaatssekretär Salvatore Barbaro auf. Für Hartmann, der 2017 aus dem Bundestag ausschied, nicht verwunderlich: „Ich war immerhin 15 Jahre lang Kreis-

vorsitzender.“ Ein Fraktionsmitglied hatte dem Politpensionär daraufhin unterstellt, eigene Ambitionen zu hegen, berichtete auch von öffentlichen Auftritten Hartmanns bei Parteiveranstaltungen.

Dabei gehe es ihm aber nicht um ein Comeback, betonte Hartmann: „Mir geht es um eine gute Zukunft für unseren Kreisverband.“ Der richtige Kandidat dafür sei für ihn Steffen Wolf, der Erste Kreisbeigeordnete: „Es liegt auch kaum jemandem ferner als mir, gegen jemanden zu treten, der am Boden liegt. Ich kenne diese Erfahrung leider nur zu gut.“ zca



Michael Hartmann (SPD)

Foto: dpa